

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalsekretär:

Bericht für die 65. Generalversammlung

- Neue Schwerpunkte Frauen und Entwicklung
- Führungsrolle der UN nicht bekräftigt
- Wahlkampf in eigener Sache

Henrike Paepcke

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Henrike Paepcke, Generalsekretär: Bericht für die 64. Generalversammlung, VN, 5/2009, S. 223, fort.)

In seinem vierten **Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen** (A/65/1 v. 30.7.2010) schlägt UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ungewohnte Töne an: Ohne die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gering zu schätzen, sieht er vielfältige Zeichen für Optimismus. Hatte er im Vorjahr noch die internationale Gemeinschaft am Abgrund verortet, so ist sein diesjähriger Lagebericht von mehr Zuversicht geprägt. Im Mittelpunkt stehen die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), im nunmehr zehnten Jahr ihrer Ausrufung weiterhin die Eckpfeiler für alle Aktivitäten der UN. Unter Verweis auf die Verabschiedung der Aktionsplattform der Frauenkonferenz von Beijing, die sich zum fünfzehnten Mal jährt, verkündet der Generalsekretär seine zentrale Botschaft: »Die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen sind unerlässliche Ziele, für die sich die Vereinten Nationen zum Nutzen aller einsetzen müssen«. Frauen gehörten zu den »weltweit bedeutendsten gesellschaftlichen Akteure(n) des positiven Wandels« (Abs. 5). Diese Schwerpunktlegung stellt eine Zäsur dar: Ban Ki-moon nimmt erstmals konsequent Bezug auf die Lage der Frauen und verbindet dies stets mit der eindringlichen Aufforderung zum Handeln. Ein weiterer Bruch ist augenfällig: Erläuterte er im Jahr 2009 noch die Grundzüge seiner Vorstellung von einem »neuen Multilateralismus«, so verzichtet er jetzt darauf,

von Umbruch oder Wandel zu sprechen. Es ist auch keine Rede mehr von einer Schlüssel-, geschweige denn Führungsrolle der UN.

Bereits zu Beginn der Lektüre lässt sich daher erahnen, dass Entwicklungen und Handlungsbedarf aufgezeigt werden, und dass es dem Bericht an politischer Aussagekraft und Visionen fehlen wird. Dazu trägt auch der Aufbau des Berichts bei: Er gleicht in allen Themenpunkten der Vorgängerversion. Einer kompakten Abhandlung der UN-Aktivitäten in den vier Kernbereichen Entwicklung, Frieden und Sicherheit, humanitäre Angelegenheiten und Menschenrechte folgt der Blick auf globale öffentliche Güter und schließlich Reformen.

Im Bereich **Entwicklung** verzeichnet der Generalsekretär zahlreiche Fortschritte. Trotz der hohen Zahl an Menschen, die infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in extremer Armut leben, vertraut er auf das dynamische Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern. Dieses werde die Armutsminderung weltweit »auf Zielkurs« bringen (Abs. 16). In vielen Entwicklungsländern sei die Bildungsbeteiligung auf über 90 Prozent gestiegen, die Trinkwasserversorgung habe sich spürbar verbessert. Solch positiven Entwicklungen stellt er das Geschlechtergefälle gegenüber. Insbesondere die Gewalt gegen Frauen und Mädchen erachtet er als »ernsthafte Hindernis« für die Erreichung der Zielvorgaben (Abs. 21). Im Gesundheitsbereich verzeichnet er Fortschritte bei den Maßnahmen zur Senkung der Kindersterblichkeit und zur Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose. Angesichts steigender HIV-Infektionsraten bei Frauen in einigen Regionen könne man in diesem Bereich nicht von Verbesserungen sprechen. Seine Darstellung drückt Zuversicht aus, dass die Entwicklungsziele erreicht werden können. Er schwört alle Akteure auf den Endspurt bis 2015 ein, möchte die kollektiven Maßnahmen und Partnerschaften stärken und äußert seine Unzufriedenheit, dass von den auf dem G-8-Gipfel 2005 in Gleneagles bis 2010 in Aussicht gestellten 146 Milliarden US-Dollar an öffentlicher Entwicklungshilfe nur knapp 120 Milliarden Dollar geflossen seien. In erster Linie liegt ihm Afrika

am Herzen, das sich zwar widerstandsfähiger gegen die Krise erwiesen habe als erwartet, aber dennoch ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum aufweise und umso mehr auf Entwicklungshilfe in der zugesicherten Höhe angewiesen sei (Abs. 27).

Im Bereich **Frieden und Sicherheit** vermeldet er eine Rekordzahl von 124 000 Friedenssicherungskräften. Im Rahmen seines Abrisses einzelner Missionen werden Rückschläge in Darfur ebenso zur Sprache gebracht wie das Problem der sexuellen Gewalt in Konflikten, für welches eigens eine Sonderbeauftragte bestellt worden ist. Ban appelliert an die Mitgliedstaaten, den Vereinten Nationen mehr weibliche Friedenssicherungskräfte zur Verfügung zu stellen. Auch im Bereich der Friedenskonsolidierung, dem er Fortschritte bescheinigt, fordert er eine stärkere Beteiligung von Frauen. Nach einem knappen Hinweis auf politische Querelen über Mandate leitet er über zum Dauerthema Kapazitätsengpässe. Auf die übliche Nennung der Kosten für Friedenssicherung jedoch verzichtend (7,8 Milliarden US-Dollar im Vorjahr), präsentiert er andere Fakten: So wurden für die Friedenskonsolidierung in 115 Projekten in 16 Ländern über 196 Millionen US-Dollar verwendet (Abs. 72), während der Demokratiefonds, ausgestattet mit über 105 Millionen US-Dollar, 271 Projekte unterstützt hat (Abs. 105).

Im Bereich **humanitäre Angelegenheiten** muss der Generalsekretär einen Negativrekord angesichts 43 neuer Notsituationen vermelden, darunter Haiti. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die durch Währungsschwankungen verursachten Minderbeiträge für die humanitäre Nothilfe auszugleichen, die zudem mit zehn Milliarden US-Dollar um zwei Milliarden unter dem Vorjahresniveau liege.

Im Bereich **Menschenrechte** wirbt Ban dafür, diese stärker in Entwicklungs- und Konsolidierungsmaßnahmen zu integrieren. Fremdenfeindlichkeit, die Diskriminierung von Nichtstaatsangehörigen sowie die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen bereiten ihm größte Sorgen. Mit Blick auf die für 2010/2011 geplante Überprüfung des Menschenrechtsrats äußert er seine Hoffnung, dass sich die Dis-

kussionen auf die Errungenschaften wie auch Verbesserungsmöglichkeiten konzentrieren werden, das heißt konstruktiv verlaufen. Die Forderung nach einer verstärkten politischen Teilhabe von Frauen oder dem Ausbau aller Aktivitäten zur Verhütung von Völkermord, wo erste Erfolge insbesondere durch das Frühwarnsystem des Büros des Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord verbucht werden, ergänzen vorherige Ausführungen und unterstreichen die enge Verquickung aller Themen.

Im Kapitel **Sicherung der globalen Güter** setzt der Generalsekretär den Klimawandel erneut an die oberste Stelle der globalen Agenda; er sieht es als seinen Verdienst an, dass das Thema an politischer Dynamik gewonnen habe. Die Klimakonferenz von Kopenhagen vom Dezember 2009 betrachtet er als Erfolg, wenngleich nicht alle (wie er betont, in der Öffentlichkeit) gehegten Erwartungen erfüllt wurden (Abs. 108). Der erzielte Konsens sei tragfähig für weitere globale Verhandlungen in Richtung einer umfassenden Übereinkunft, die die Welt auf den Weg zu einer emissionsarmen Entwicklung bringt. Zwei neue Hochrangige Beratergruppen sollen den Fortgang beschleunigen, denn es liege noch »viel Arbeit« auf dem Weg zu einem weltweiten »grünen Wohlstand« (Abs. 114). Während es zur Beteiligung der UN an der internationalen Terrorismusbekämpfung wenig zu berichten gibt, widmet sich der Generalsekretär ausführlich Fragen der Abrüstung und Nichtverbreitung. Das Regime des Nichtverbreitungsvertrags sei durch die Überprüfungskonferenz vom Mai 2010 gestärkt worden, obgleich in Sachfragen keine Fortschritte erzielt werden konnten. Er drängt auf die Umsetzung des dort beschlossenen Aktionsplans, denn »die Welt (sei) überbewaffnet und die Entwicklung unterfinanziert« (Abs. 137).

Im Abschlusskapitel zur **Stärkung der Vereinten Nationen** spricht Ban Ki-moon als Erstes das Maßnahmenpaket zur Frauenförderung an und lobt die »bahnbrechende« Entscheidung zur Einrichtung einer Institution für Frauen- und Gleichstellungsfragen: »UN Women« (Abs. 143), auf die er wiederholt Bezug nimmt. Um Superlative generell nicht verlegen, vermerkt er darüber hinaus, welche Dialoge er eigens initiiert hat, und verweist auf seine »persönlichen Kontakte zu zwischen-

staatlichen Organen« (Abs. 150). Ban Ki-moon, so scheint es, wandelt auf Wahlkampf-Pfaden. Immerhin steht Ende 2011 seine Wiederwahl an. Neben der Selbstvermarktung konzentriert er sich darauf, Regionalorganisationen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft an seine Seite zu ziehen: War die Abgrenzung der Rollen und Zuständigkeiten im Vorjahr noch mangelhaft, so weiß er dieses Mal die partnerschaftlichen Beziehungen besser ausdifferenzieren.

* * *

Insgesamt nimmt der Generalsekretär Abstand von kritischen Äußerungen und Anklagen und vermittelt stattdessen Zuversicht und Tatendrang. Er ist auf Begegnung auf Augenhöhe aus, sieht sich als Initiator und treibende Kraft von Dialogen und partnerschaftlichen Aktionen. Seine proaktive Rhetorik ähnelt der des Vorjahrs. Sein unauffälliges Auftreten legt er spätestens im letzten Teil des Berichts ab – die Wiederwahl vor Augen, scheut sich der Südkoreaner nicht, seine Person stärker in den Vordergrund zu stellen, Erfolge aufzuzählen, derweil er über heikle Kontroversen hinweg sieht. Dieser Haltung zum Opfer fällt zum einen jegliche Selbstkritik, zum anderen die intellektuelle Führung, die im Vorjahr ansatzweise mit seinem Aufruf zum Umschwung in Richtung neuer Multilateralismus zum Vorschein kam. Nirgends im Bericht lassen sich Hinweise darauf finden, dass die Vereinten Nationen die noch im Vorjahr propagierte Schlüsselrolle einnehmen. Die enorme Zahl an neuen Maßnahmen, Aktionsplänen, Initiativen, Kampagnen, Sonderbeauftragten und Expertengruppen kann nicht als Beweis dafür gelten, dass der integrierte, partnerschaftliche Lösungsansatz, für den der Generalsekretär plädiert, auch praktiziert wird und Wirkung zeigt. Es ist ein Trost, wenngleich nur ein schwacher, dass Ban Ki-moon das prominente Frauenthema gewählt hat, um seinem Bericht, seinem Amt und seiner Person mehr Profil zu verleihen. Im Falle seiner Wiederwahl bleibt zu hoffen, dass er die Chance nutzen wird, eine intensive Debatte über die Rolle der Vereinten Nationen einzuleiten, und auch den Mut besitzen wird, weniger politisch konform aufzutreten.

Politik und Sicherheit

Aktionsprogramm zu Kleinwaffen und leichten Waffen:

Viertes Staatentreffen 2010

- Abschlussdokument lässt hoffen
- Vorbereitung auf Überprüfungskonferenz 2012

Simone Wisotzki

(Vgl. Simone Wisotzki, *Aktionsprogramm zu Kleinwaffen und Leichtwaffen: 1. Überprüfungskonferenz 2006, VN, 4/2006, S. 164f.*)

Das vierte zweijährliche Staatentreffen zur Überprüfung der Umsetzung des **Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten** (kurz: **Aktionsprogramm**) vom 14. bis 18. Juni 2010 in New York gibt Anlass zur Hoffnung. Gemeinsam verabschiedeten die Staaten am Ende des »Fourth Biennial Meeting of States – BMS4« ein Abschlussdokument im Konsens. Damit einigte man sich auf die weitere Umsetzung des umfassenden Aktionsprogramms aus dem Jahr 2001 und stellte zugleich die Weichen für die zweite Überprüfungskonferenz im Jahr 2012. Das konsensuale Ergebnis ist insofern bedeutsam, als dass auf den ersten beiden Staatenkonferenzen (2003 und 2005) sowie auf der ersten Überprüfungskonferenz im Jahr 2006 keine Einigung erzielt werden konnte. Auf dem Staatentreffen im Jahr 2008 musste das Instrument der Abstimmung genutzt werden. Umso mehr betonten alle Staaten nun die Notwendigkeit und Nützlichkeit des im harten Ringen erzielten Konsenses. Letztlich war dies auch ein Erfolg des mexikanischen Verhandlungsleiters, Botschafter Pablo Macedo. Dieser hatte das Abschlussdokument in informellen Abstimmungsprozessen mit den einzelnen Mitgliedstaaten ausgehandelt und schon im Vorfeld der Konferenz zusammen mit Australien, Uruguay und den Vereinigten Staaten thematische Schwerpunktpapiere vorbereitet, die während des Staatentreffens diskutiert wurden. Nicht jedes Mitglied der Vereinten Nationen war allerdings mit dieser Vorgehensweise einverstanden: Ägypten